

Rundschau

Informationsblatt der steirischen KPÖ

Ausgabe 138, November 2021 – zugestellt durch post.at

Zeitung der **KPÖ** für Judenburg

Klimawandel – für eine Alternative zur Airpower!

Die Bundesregierung plant ab 2022 CO₂ zu besteuern und damit klimaschädliches Verhalten teurer zu machen. Gleichzeitig plant das Verteidigungsministerium mit der Airpower eine lärmintensive Veranstaltung mit einem völlig sorglosen Umgang mit Umwelt und Ressourcen. In Anbetracht des Klimawandels und seiner immer deutlicher werdenden Folgen ist das für immer mehr Menschen unverständlich und hat eine verheerende Signalwirkung.



Wissenschaftlich wird der durch den CO₂- Ausstoss der letzten Jahrzehnte verursachte Klimawandel kaum mehr bestritten. Die Naturkatastrophen der letzten Monate (Hitzerekorde in Kanada, Überschwemmungen in Deutschland, Waldbrände in Russland...)



lassen erahnen wie die Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit aussehen wird.

Die bekannte Klimaforscherin Helga Kromp erklärte, dass es mittlerweile um jedes Kilogramm an eingesparten Treibhausgasen gehe. Deshalb ist die Durchführung einer Veranstaltung wie der Airpower verantwortungslos.

Gleich nachdem bekannt wurde dass es eine Airpower geben könnte haben wir im Juni im Gemeinderat einen Antrag gegen die Airpower gestellt. Er wurde mit der Begründung abgelehnt, dass noch nichts fix sei. Bald darauf wurden die Airpowerpläne offizielle bekanntgegeben und deshalb haben wir im August untenstehenden Antrag eingebracht.

Der Antrag der KPÖ

- ➔ Der Gemeinderat beauftragt den Umweltausschuss Überlegungen für ein Konzept für eine ökologisch sinnvolle und wirtschaftlich nachhaltige Alternativveranstaltung zur Airpower in der Region Murtal anzustellen.
- ➔ Der Gemeinderat beauftragt den Umweltausschuss, in einer zeitnahen Sitzung, einen Vorschlag zu einer gemeinsamen Vorgangsweise der Aichfeld-Gemeinden gegen die Airpower auszuarbeiten und den Gemeinden der Region vorzuschlagen.

Für den Antrag gab es keine Mehrheit. Außer der KPÖ stimmten nur die Grünen für die Dringlichkeit. SPÖ und ÖVP wollen aber im Umweltausschuss über unsere Vorschläge diskutieren. Die ÖVP betonte, dass für sie wirtschaftliche Überlegungen Vorrang haben. Bürgermeister Hannes Doleschal meinte dazu mit Recht: „Wenn wir nicht mehr leben haben wir nichts von der Wirtschaft.“ Die Wirtschaft muss für die Menschen und die Natur da sein und nicht umgekehrt!

Klimafreundliche Airpower?

Klimaschutz ist in aller Munde. Vielen ist völlig klar, dass die Airpower aus Umweltschutzgründen abgesagt werden muss. Das empfinden viele Menschen so und deshalb ist man nun bemüht der Flugshow ein grünes Mäntelchen umzuhängen.

Man möchte die Airpower als „klimafreundliche Großveranstaltung“ abhalten. Das ist eine Augenauswischerei. Das Grundkonzept der Airpower – massiver Treibstoffverbrauch von Kampf- und Zivilflugzeuge in der Luft und Besuchermassen bei der Anreise – ist mit Klimaschutz nicht vereinbar.

Die „grüne Behübschung“ ist nur Tarnkappe für wirtschaftliche Interessen. Es stimmt: Bei einer Absage der Airpower würde nur ein kleiner Teil der österreichischen CO₂-Emissionen eingespart, aber die Signalwirkung wäre gewaltig. Das wäre ein Paukenschlag für den Klimaschutz. Deshalb sollte viele Menschen aktiv für eine Absage eintreten.



Für eine ökologisch sinnvolle und wirtschaftlich nachhaltige Alternativveranstaltung zur Airpower



Die KPÖ hat einen Vorschlag zu einer Alternativveranstaltung erarbeitet und an die GemeinderätInnen ausgesendet. Es geht auch darum Alternativen aufzuzeigen, wie eine nachhaltige Tourismusveranstaltung aussehen kann.

Es müssen keine waghalsigen Flugmanöver, verbunden mit Lärm und Abgasen, dargeboten werden, die auch noch Menschen gefährden. Es war nur Glück, dass es bei den letzten Unfällen bei den Airpowerveranstaltungen keine Toten gegeben hat.

So könnte eine Alternativveranstaltung zur Airpower konzipiert werden:

Leistungsschau

Abhaltung einer Leistungsschau von Einsätzen des Bundesheeres, Feuerwehren und anderen Rettungs- und Hilfsorganisationen bei klimabedingten Katastrophen.

Vorträge

Einbeziehung von KlimaexpertInnen, die diese Ereignisse analysieren und erklären. In Referaten und Vorträgen sollten Zusammenhänge erklärt und Maßnahmen aufgezeigt werden wie lokal solche Katastrophen zu minimieren sind

Einbeziehen der Schulen

Über das Unterrichtsministerium sollte eine Aufforderung an die Schulen ergehen die Veranstaltung als Lehrveranstaltung zu besuchen.

Einbindung der Gastronomie

Die Gastronomie könnte Speisen und Getränke anbieten, die den ökologischen Fußabdruck dieser Dinge ausweist. Damit soll eine Sensibilisierung für den Konsum nachhaltiger Speisen und Getränke angestrebt werden.

Mehrwöchig

Die Dauer dieser Veranstaltung sollte sich auf zumindest 3-4 Wochen erstrecken um einerseits vielen Schulen und Bildungseinrichtungen bzw. Interessierten den Besuch zu ermöglichen und andererseits eine längere Auslastung der Tourismusbetriebe bringen.

Mehrere Orte

Die Veranstaltung sollte auf mehrere Gemeinden des Murtals verteilt werden mit verschiedenen Schwerpunkten wie z.B. Waldbrand, Überschwemmungen, Dürren, Zukunft klimaneutraler Lebensstil ...

Gratisanreise

Die Anreise sollte möglichst mit öffentlichen Verkehrsmitteln erfolgen. Vorstellbar wäre, dass die Träger von öffentlichen Verkehrsmitteln zu Werbezwecken eine Gratisanreise zu dieser Veranstaltung ermöglichen.

Mehrere Veranstalter

Als Veranstalter sollte das Verteidigungsministerium gemeinsam mit den Bundesministerien für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie und dem Land Steiermark in Zusammenarbeit mit den Gemeinden fungieren.

Mehrere Organisationen

Aktiv einbezogen in diese Veranstaltung sollten Rettungs- und Hilfsorganisationen, NGOs wie z.B. Global 2000, Greenpeace, Friday for Future sowie Fachhochschulen, Universitäten und andere Ausbildungsstätten.

Die Ziele der Veranstaltung

- ➔ Wissen in Sachen Klimaschutz vermitteln und das Klimabewusstsein stärken.
- ➔ Die Auswirkungen von Ver-



haltensweisen und Ernährung veranschaulichen.

- ➔ Solidarischen Gedanken fördern, auch mit Ländern, die von den Auswirkungen besonders betroffen sind.
- ➔ Soziale Folgen veranschaulichen.
- ➔ Anregungen zu einer nachhaltigeren Lebensweise vermitteln.

Die Veranstaltung soll alle zwei Jahre stattfinden und weiterentwickelt werden und das Murtal als Vorreiterregion in Sachen Klimaschutz positionieren. Damit würde ein bildungspolitischer Auftrag erfüllt und ein fixer touristischer Bestandteil geschaffen.



Das Widerstandsdenkmal wird auf den Judenburger Stadtfriedhof verlegt!

Kommentar von Christine Erschbaumer

Es war mir als ehemaliger KPÖ-Gemeinderätin schon lange ein großes Anliegen, das die 16 ermordeten WiderstandskämpferInnen unserer Stadt einen würdigen Gedenkort bekommen.

Der derzeitige Platz des Denkmals in der Senke beim Schillerpark ist schwer erreichbar und nicht geeignet. Darum habe ich dieses Anliegen bereits vor über sechs Jahren im Gemeinderat eingebracht.

Unter den 16 JudenburgerInnen, die für ihren Kampf gegen Faschismus und Krieg ermordet wurden, war auch eine Frau: Anni Leitner. Nach ihr ist mittlerweile ein Weg benannt.

Das Denkmal soll nun im Friedhof seinen Platz finden. Wir hoffen, dass die Umsetzung bald passiert und das Gedenken im nächsten Jahr bereits am neuen Platz stattfinden kann. Die WiderstandskämpferInnen haben es sich verdient, dass man ihr Andenken sichtbar bewahrt. Sie haben ihr Leben für unsere Freiheit geopfert.

**Nie wieder Faschismus!
Nie wieder Krieg!**

Ihre
Christine Erschbaumer,
Gemeinderätin a.D.



KOMMENTAR



Rene Windegger,
ist KPÖ-Gemeinderat
in Judenburg

„Berollbares Judenburg“: Eine Stadt für alle muss so barrierefrei wie möglich sein

Judenburg ist nicht unbedingt barrierefrei, es gibt viele Stellen, die mit einem Rollstuhl nur schwer zu überwinden sind. Gerade mit eingeschränkter Mobilität ist es schwierig Geschäfte des täglichen Bedarfs zu erreichen. Kleine Probleme können schnell, wie am Beispiel des Vinzmarkts gezeigt wurde, behoben werden. Andere erfordern längere Planung und längere Umsetzung. Die Unterführung Talbrücke, hier muss der Straßenverkehr für eine Straßenüberquerung angehalten werden, ist ein besonders schwerwiegendes Problem, das einer Lösung bedarf. Viele Gehsteigkanten sind nicht barrierefrei und das Überqueren der Straße wird dadurch zu einem Problem. Auch beim Busfahren gibt es immer wieder Probleme. Für diese und weitere Problemstellen gilt es nun eine Lösung zu finden.

Wir begrüßen das Projekt „Berollbares Judenburg“, welches im Zuge der Städtepartnerschaft mit Douzela gestartet wurde, sehr und werden genau beobachten welche weiteren Schritte zur Mobilitätssteigerung gesetzt werden.

Wenn auch Sie Stellen kennen, welche nicht barrierefrei sind, können Sie diese im Stadt-Atelier Judenburg einbringen. Das Gelingen des Projektes hängt von der Mitarbeit betroffener ab. Wir wünschen dem Stadt-Atelier alles Gute für die Umsetzung des Projektes.

Ihr Rene Windegger
rene.windegger@judenburg.at

In Judenburg  KPÖ

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: KPÖ Murtal, 8753 Fohnsdorf, Josefiplatz 3, Tel&Fax 03573 / 2166, Verantwortlicher Chefredakteur und Hersteller: Josef Meszlenyi, E-Mail: josef.meszlenyi@kpoe-steiermark.at. druck: guttenberghaus Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.

Steuerreform: Geschenke an die Wirtschaft und wenig Mut zum Umweltschutz

Die präsentierte Steuerreform der Bundesregierung wird zwar als „ökologische Wende“ verkauft, ist aber in erster Linie eine Entlastung für Unternehmen und Konzerne.

Wenn man wissen will, was von einer Maßnahme zu halten ist, ist man gut beraten sich anzusehen wer darüber jubelt. Im Fall der Steuerreformpläne gab es Beifall von der Wirtschaft und viel Kritik von Umweltorganisationen.



Die KPÖ begrüßt grundsätzlich das Vorhaben, Anreize zum Verzicht auf umwelt- und klimaschädliches Verhalten zu schaffen. Doch ob das mit dem vorgeschlagen Modell gelingt ist mehr als fraglich. Warum sollte eine Erhöhung der Energiepreise, die durch ein eher willkürliches Rückzahlungsmodell wieder abgegolten werden zu weniger Umweltbelastung führen?

Wo bleiben die notwendigen Schritte, wie z.B. die Aufhebung des Steuerprivilegs für Diesel zugunsten der Transportunternehmen oder die Besteuerung von Flugbenzin? Wo bleibt der sofortige und massive Ausbau des öffentlichen Verkehrs? Die Förderung von Nahversorgung und regionaler Produktion mit Arbeitsplätzen in Wohnortnähe?

Viele Menschen haben in der Krise ihre Arbeit verloren, waren in Kurzarbeit und haben ihre Ersparnisse aufgebraucht. Diese Steuerreform führt zur Erhöhung der Wohn- und Lebenskosten und wird daher die soziale Ungleichheit vertiefen. Wer ein geringes Einkommen hat, muss noch mehr davon zur Abdeckung seiner Grundbedürfnisse aufwenden, ohne von den Steuerentlastungen für höhere Einkommen zu profitieren.

Statt einer Vermögenssteuer zur Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen gibt es durch die Senkung der Körperschaftssteuer ein millionenschweres Steuergeschenk für Unternehmer und Konzerne.

Die Körperschaftssteuer wird innerhalb von zwei Jahren von 25 auf 23 Prozent gesenkt. Bis 2005 betrug die KöSt noch 34 Prozent.

Durch die schrittweise Senkung der Besteuerung von Unternehmen stammt ein immer größerer Anteil der öffentlichen Einnahmen aus der Besteuerung der arbeitenden Menschen.

Die Senkung der Krankenversicherungsbeiträge ist ein gewagtes Spiel. Gerade die Coronakrise hat gezeigt, dass es durch unvorhersehbare Ereignisse schnell zu großen Ausfällen bei den Einnahmen kommen kann. Während die Ausgaben gleichbleiben oder, etwa im Falle einer Pandemie, sogar massiv steigen. Ohne die entsprechenden Einnahmen kommt es schnell zu Leistungskürzungen und noch mehr Selbsthalten.



Statt Steuergeschenken für Unternehmer und Konzerne brauchen wir Mittel zur Absicherung von Gesundheit und Pflege. Denn neben der Klimakrise stecken wir auch in einer Pflegekrise, die ebenfalls gravierende Folgen haben wird.

STAMMTISCH DER KPÖ JUDENBURG-FOHNSDORF

„ökosoziale“ Steuerreform -

Wer gewinnt, wer verliert?

Vortrag und Diskussion mit

Georg Kovarik,

ehem. Leiter der Abteilung Volkswirtschaft im ÖGB

Mittwoch, 24.11.2021, 17:30 Uhr,

KPÖ-Fohnsdorf, Josefiplatz 3

Afghanistan: Krieg und nichts als Leid und Elend

20 Jahre haben die USA und ihre NATO-Verbündeten Krieg in Afghanistan geführt. Dabei ging es nie um Freiheit und Demokratie, sondern um geopolitische Interessen, um den Zugang zu Rohstoffen und Märkten.

Zwischen 3,2 und 4 Billionen(!) Dollar hat der Krieg gekostet. 4.000.000.000.000 Dollar, das ist das zwanzigfache des Jahreshaushalts der Republik Österreich. Wenn auch nur ein Teil davon in die Entwicklung Afghanistans gesteckt worden wäre, wäre das heute ein blühendes Land. Stattdessen wurde vor allem die Rüstungsindustrie gefördert.

Durch Besatzermentalität und Drohnenangriffe, die zu tausenden zivilen Opfern geführt haben, haben die USA und ihre Verbündeten die Taliban wieder stark gemacht. Den Preis dafür bezahlen die Menschen in Afghanistan, viele werden flüchten.

Für die USA endet ihr längster Krieg mit einer Niederlage. Die USA sollten sich mit ihren eigenen

zahlreichen sozialen Problemen beschäftigen und aufhören „Weltpolizist“ zu spielen. Auch einen neuen „Kalten Krieg“ mit China oder Russland kann die Menschheit nicht brauchen.

Das Beispiel Afghanistan zeigt mehr als deutlich, dass die Kriege der NATO den Menschen, denen angeblich Demokratie und Freiheit gebracht werden sollten, nichts als Leid und Zerstörung hinterlassen. Nur die Profiteure der Waffenproduzenten stiegen ins Unermessliche.

Die Kriegsgefahr ist weltweit in den letzten Jahren gestiegen. Auch das neutrale Österreich beteiligt sich an Einsätzen der NATO, unter anderem in Mali. Dabei wäre es gerade jetzt wichtig, die Neutralität ernst zu nehmen und für eine friedliche Welt einzutreten!

Nachtrag: Abrüstung, Abbau von militärischen Einrichtungen und die Verhinderung von Kriegen würden zu enormen Energie- und Ressourceneinsparungen führen und wären der beste Klimaschutz!

Was ist der Equal Pay Day?

Männer haben an diesem Tag – 2021 ist es in der Steiermark der 20. Oktober – im Durchschnitt bereits jenes Einkommen erreicht, für das Frauen noch bis zum Jahresende arbeiten müssen – also 73 Tage länger! In der Steiermark erhalten ganzjährig vollzeitbeschäftigte Frauen um durchschnittlich 19,8% weniger Gehalt als Männer, im Murtal sind es sogar 22,7%!

Viele Fallen auf dem Weg zur Pension

In Österreich erhalten Frauen durchschnittlich 851 Euro im Monat weniger Pension als Männer. Die Ursachen dafür sind vielfältig und reichen von Karenzzeiten und Teilzeitjobs bis hin zu einem geringeren Verdienst als Männer.

Jungen Frauen ist oft nicht bewusst, dass sich Kindererziehungszeiten und Teilzeitarbeit negativ auf ihre Pension auswirken, ebenso wie eine Berufswahl im Care-Bereich wie z.B. Elementarpädagogin, Pflegehelferin oder Sozialarbeiterin, denn diese Berufe werden viel zu schlecht bezahlt.

Hinzu kommen geringere Aufstiegschancen in allen Branchen, denn besser bezahlte Leitungspositionen übernehmen nach wie vor überwiegend Männer. Wenn Angehörige zu pflegen sind, ist das hauptsächlich „Frauenarbeit“. Die wird aber nicht bezahlt und lässt kaum die Möglichkeit parallel dazu Vollzeit zu arbeiten. Letztendlich führt all das dazu, dass viele Frauen trotz jahrelanger Berufstätigkeit nicht von ihrer Pension leben können.

Alles nur ein Zufall?

Die schlechtere Bezahlung von Frauen ist ein Unrecht, aber dieses Unrecht ist auch politisch gewollt. Wenn Frauen das gleiche leisten aber weniger dafür bekommen, dann bedeutet das einen Extra-Profit für

die Unternehmen. Hier geht es um Milliardenbeträge, die sich die Unternehmen sparen und die den Frauen vorenthalten werden. Weil es hier um Wirtschaftsinteressen geht, ist die Politik auch nicht wirklich bemüht Gerechtigkeit zu schaffen.

Es geht auch anders

Island hat 2018 kurzerhand per Gesetz verboten, Frauen für gleiche Arbeit schlechter zu bezahlen: Der sogenannte „Equal Pay Act“ verpflichtet Unternehmen zu belegen, dass sie ihre Beschäftigten gerecht bezahlen. Wer Frauen schlechter bezahlt, wird bestraft.

Was wir brauchen – was wir fordern!

- ➔ Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- ➔ Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ➔ Frauen vor Armut schützen
- ➔ Mindestlehrlingsentschädigung
- ➔ Selbstverständliche Väterkarenz
- ➔ Höhere Bezahlung und bessere Rahmenbedingungen für alle, die im Care-Bereich beschäftigt sind
- ➔ Das Recht auf einen kostenlosen, ganztägigen und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungsplatz



Arbeitslosengeld: 55% vom letzten Einkommen sind zum Leben viel zu wenig! **Volksbegehren zur Erhöhung unterstützen!**

Derzeit befindet sich ein Volksbegehren in der Einleitungsphase, das die Erhöhung des Arbeitslosengeldes fordert. Derzeit liegt die Nettoersatzrate, also der Anteil vom letzten Lohn, der ausbezahlt wird bei 55%. Das ist viel zu wenig.

Die Corona-Krise hat mit aller Deutlichkeit gezeigt: Es kann jeden und jede treffen. Die Arbeitslosigkeit ist auf ein Rekordniveau gestiegen. Arbeit zu finden war im vergangenen Jahr fast unmöglich. Nun verbessert sich die Situation. Aber im Juni waren österreichweit immer noch 289.000 Menschen ohne Arbeit. Dem gegenüber gab es nur rund 109.000 offene Stellen.

Armutsfälle

Egal wieviele Menschen betroffen sind, wer arbeitslos ist, wird schnell von Armut bedroht. Oft bleibt vom Arbeitslosengeld nach Abzug der Fixkosten nichts mehr übrig, Ersparnisse sind schnell aufgebraucht. 36% der Arbeitslosen sind akut von Armut bedroht.

Nun fordert Arbeitsminister Martin Kocher noch mehr Sanktionen für Arbeitslose. So soll künftig das gesamte Monatsgeld gestrichen werden können wenn ein Jobangebot ausgeschlagen wird. Wie die Menschen dann ihre Miete und ihre Lebenshaltungskosten bezahlen sollen sagt der Minister, der im Monat rund 18.000 Euro brutto verdient, nicht.

Solche Forderungen dienen dazu die Menschen zu spalten. Es wird bewusst der Eindruck vermittelt viele der Arbeitslosen wollten gar nicht arbeiten. Anstatt Arbeitsplätze mit fairer Bezahlung werden Feindbilder geschaffen. Dabei belegen unzählige Studien, dass Arbeitslosigkeit eine schwere psychische Belastung ist.

Zukunftsängste und das Gefühl nichts mehr wert zu sein quälen viele.

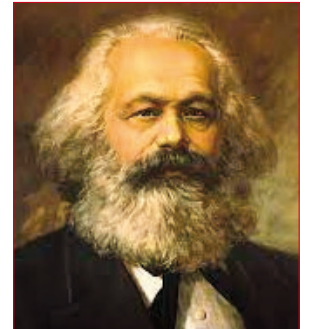
Höheres Arbeitslosengeld ist gut für Alle
Durch ein niedriges Arbeitslosengeld und Sanktionen werden Menschen gezwungen auch sehr schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Das freut natürlich die Unternehmer, die möglichst wenig bezahlen wollen. Der Niedriglohnsektor wächst. Ein höheres Arbeitslosengeld erlaubt es Arbeitslosen hingegen nach einer passenden Stelle zu suchen.

Das stärkt auch die Verhandlungsposition aller arbeitenden Menschen, die nicht ständig befürchten müssen durch billigere Arbeitskräfte ersetzt zu werden. Ein höheres Arbeitslosengeld ist also für alle wichtig. Nicht nur weil es jeden und jede treffen kann, sondern weil ein niedriges Arbeitslosengeld auch zu niedrigeren Löhnen führt.

Auf Initiative der KPÖ hat der Gemeinderat vor mehreren Monaten einstimmig eine Resolution mit der Forderung nach Anhebung des Arbeitslosengeldes beschlossen. Das Volksbegehren kann am Gemeindeamt oder Online unterzeichnet werden.

„Es muss doch etwas faul sein im Innersten einer Gesellschaft, die ihren Reichtum vermehrt, ohne ihr Elend zu verringern.“

Karl Marx



Neutralität?

Kooperation Bundesheer – US Armee

Kurz vor dem Jahrestag des Beschlusses der immerwährenden Neutralität durch den Nationalrat, dem 26. Oktober hat das österreichische Bundesheer eine verstärkte Kooperation mit der US-Nationalgarde verkündet.

Seit Jahrzehnten wird die Neutralität nicht mehr ernst genommen, anstatt in Konflikten als Vermittler aufzutreten, beteiligt sich Österreich an NATO-Einsätzen und an der Militarisierung der EU.

Der Neutralitätsbruch bekommt immer wieder neue Höhepunkte, der neueste davon ist die Zusammenarbeit mit der US-Nationalgarde. Die als Miliz zwar auch bei Katastrophen zur Einsatz kommt, aber vor allem für ihre Rolle zur Bekämpfung von Demonstrationen und sozialen Unruhen bekannt ist und Personal für Kriegseinsätze stellt. An so einer Truppe darf sich das Österreichische Bundesheer kein Vorbild nehmen. Es muss allein für den Schutz der österreichischen Bevölkerung da sein.



Demonstration der KPÖ am Nationalfeiertag 2019. Die Neutralität ist ein Erfolgsmodell auch für die Zukunft.

Pension mit 71? Das ist eine Empfehlung der EU

Im „Grünbuch über das Altern“ regt die EU eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters an. Demnach sollen wir bis 2040 erst mit 71 Jahren abschlagsfrei in Pension gehen dürfen!

Applaus kommt von der Jungen Industrie. Die Kapital-Lobby findet den Vorstoß der EU als „sehr zu begrüßen“. Die KPÖ sieht das ganz anders.

Die Produktivität ist in den letzten Jahrzehnten so enorm gestiegen, dass wir alle nicht länger, sondern wesentlich kürzer arbeiten könnten - wenn die durch die steigende Produktivität erzielten Profite nicht in die Taschen der Konzerne, sondern den Menschen zu Gute kommen würden.

Ein wesentlicher Faktor für gesicherte Pensionen sind hohe Löhne und Gehälter. Ein hoher gesetzlicher Mindestlohn ist eine gute Garantie für ein sicheres Pensionssystem. Außerdem hätten wir noch eine Idee:

Das reichste Prozent der österreichischen Bevölkerung besitzt fast 40 Prozent des Gesamtvermögens. Eine faire Besteuerung großer Vermögen und die Schließung von Steuerschlupflöchern würde Milliardenbeträge fürs Budget bringen.

Die Arbeitswelt wird immer hektischer. Ein höheres Pensionsalter fordern bedeutet in Kauf zu nehmen, dass immer weniger Menschen halbwegs gesund in Pension gehen können. Die Empfehlung der EU zeigt wieder einmal, dass hier nur die Interessen der Konzerne und nicht die Menschen vertreten werden.

Zum Nachdenken

In regelmäßigen Abständen werden Medien-Kampagnen gestartet, z.B. dass wir uns das Pensionssystem nicht mehr leisten könnten und länger arbeiten müssten. Der Skandal um die Chat-Protokolle gibt tiefe Einblicke wie manche Zeitungsmeldungen zustande kommen und zeigt, wie bestimmte Interessen bedient werden. Daran sollte man in Zukunft denken, wenn wieder Verschlechterungen das Wort geredet wird.

**PENSION
MIT 71?!**

DIE EU SCHLÄGT'S VOR,
DIE INDUSTRIELLEN-
VEREINIGUNG APPLAUDIERT



**...UND WIR
WERDEN UNS
WEHREN!**

KPÖ

Graz – KPÖ wird stärkste Partei



„Ganz überraschend kam der Erfolg nicht. Elke Kahr ist ein Phänomen, das Schule machen sollte. Ich wäre dafür.“

Willi Resetarits
Sänger & Menschenrechtsaktivist

Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Graz hat alle überrascht. Die KPÖ mit Spitzenkandidatin Elke Kahr wurde mit 29% zur stärksten Partei.

Elke Kahr steht, wie die ganze KPÖ, für eine Politik,

die die Anliegen der Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht die Interessen der Wirtschaft. Eine Politik, die Projekte an ihrem Nutzen für die Menschen beurteilt und nicht am eigenen Prestige.

So konnte die KPÖ in Graz in der Vergangenheit gemeinsam mit der Bevölkerung z.B. den Verkauf der Gemeindewohnungen oder eine teure Olympiabewerbung verhindern. Gleichzeitig hat die KPÖ dafür gesorgt, dass soziale Themen nicht untergehen.

Wir gratulieren Elke Kahr und der KPÖ-Graz herzlich zu ihrem großartigen Erfolg, der über Graz hinaus zeigt, dass eine andere Politik möglich ist.

KPÖ

EINE ANDERE STEIERMARK IST MÖGLICH!

MACH MIT!

Es ist an der Zeit: Nimm Dir ein Herz und werde KPÖ-Mitglied!

Die KPÖ Steiermark zeigt: Eine andere Politik ist möglich – mit Freundlichkeit, Solidarität und Widerstand! Damit es schon bald in vielen Orten in der ganzen Steiermark Erfolge wie in Graz geben kann, brauchen wir auch Dich:

Der richtige Zeitpunkt, aktiv zu werden, ist jetzt. Werde Mitglied der KPÖ und hilf tatkräftig mit, die soziale Alternative in der ganzen Steiermark weiter aufzubauen.

Schreib uns eine Mail oder ruf uns einfach an!

☎ 03512 822 40

✉ knittelfeld@kpoe-steiermark.at

Mutter-Kind-Pass-Unterstützungsfonds der KPÖ

In den Bezirken Murtal und Murau gab es lange nur einen Frauenarzt mit Kassenvertrag – und das für rund 50.000 Frauen. Schwangere Frauen waren gezwungen die gesetzlich vorgeschriebenen Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen bei WahlärztInnen durchführen zu müssen.

Für viele sind hohe Arztrechnungen eine große Schwierigkeit, da die Krankenkasse nur einen Teilbetrag rückerstattet. Die Untersuchungen sind aber verpflichtend, ohne sie wird keine Familienbeihilfe ausbezahlt. Die KPÖ hat einen Unterstützungsfonds eingerichtet. Es konnte bereits einigen Frauen geholfen werden. Frauen, die von **1.1.2019 bis 6.1.2020** Wahlärztkosten für den Mutter-Kind-Pass hatten, können eine Unterstützung von maximal 200 Euro beantragen.

Einkommensgrenzen

Einpersonenhaushalt: € 1208, bei zwei Erwachsenen:
€ 1812, die Grenze erhöht sich pro Kind um € 403.

Anträge:

In der **KPÖ-Bezirksleitung in Knittelfeld**, bei **Josef Meszlenyi**
(knittelfeld@kpoe-steiermark.at oder 03512/82240)



Asbest: Wie geht es weiter in Zeltweg und Weißkirchen?

Die Diskussionen um eine mögliche Asbestgefahr durch das geplante Minex-Werk in Zeltweg reißen nicht ab. Bekanntlich haben die Bürgermeister von Knittelfeld, Judenburg, Fohnsdorf, Spielberg und Zeltweg im Vorjahr um 32.000 Euro aus den Gemeindekassen ein Gutachten in Auftrag gegeben und danach erklärt, dass von Minex keine Gefahr ausgehe.



Auch in Weißkirchen ist Asbest ein Thema. In Fisching soll eine Baurestmassendeponee in einer ehemaligen Schottergrube entstehen,

auch Asbestabfälle sollen deponiert werden. Auch dort hat sich eine Bürgerinitiative gebildet. Für die Menschen ist es aber schwierig zu ihrem Recht zu kommen und es werden Steine in den Weg gelegt. Bürgerinitiativen, sind oft abhängig davon teure Gutachten selbst bezahlen um vor Gericht eine Chance zu haben. Die Behörden folgen aber oft den Interessen der Wirtschaft.

Umso wichtiger ist es das es Menschen gibt, die sich nicht einschüchtern lassen und aktiv bleiben, auch wenn es Rückschläge gibt und nicht alle Ziele erreicht werden können, zahlt sich Widerstand aus. Es darf nicht sein, dass die Lebensqualität und die Gesundheit der Menschen in der Region, erst nach wirtschaftlichen

Interessen kommt. In Weißkirchen setzt sich die Bürgerinitiative gegen die Baurestmassendeponee weiter dafür ein, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird. Die Bürgerinitiative für ein Lebenswertes Aichfeld hat kürzlich ein Gutachten präsentiert, das auf die mögliche Anreicherung des Bodens mit Asbest eingeht.

Uns erscheint wesentlich, was Dr. Ernst Deu, Arzt und Vizebürgermeister von Weißkirchen, in der Pressekonferenz der Zeltweger Initiative gesagt hat: Es gibt eine bereits vorhandene Hintergrundbelastung mit Asbestfasern in unserer Luft. Diese Belastung ist fast ausschließlich menschengemacht und auf die Asbestverarbeitung der vergangenen Jahrzehnte zurückzuführen. Die WHO hat keine Grenzwerte für Asbest festgelegt, weil jede einzelne Faser tödlich sein kann. Darum ist jede Art von Asbestausstoß zu vermeiden.

Das ist der zentrale Punkt, weswegen es wichtig ist genau darauf zu achten, in Zusammenhang mit Minex in Zeltweg und der geplanten Deponie in Weißkirchen.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-Bezirkssekretär Josef Meszlenyi
und DSA Karin Gruber

Mittwoch, 1. Dezember

KPÖ-Parteheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.30 bis 11.30 Uhr,
Voranmeldung: 03512/ 82240